

Referendum gegen den Tourismus

Eine Allianz bestehend aus SP und SVP und zwei Hoteliervereinen aus dem Rhonetal hat beschlossen, das Referendum gegen das revidierte Tourismusgesetz zu ergreifen. Die Entwicklung unseres Tourismus wird dabei gar nicht berücksichtigt, denn es handelt sich nur um ein erneutes politisches Säbelraseln und die Hauptleidtragenden sind wieder einmal die Seitentäler und die höher gelegenen Orte. Das vom Grossrat am 8. Mai 2014 klar genehmigte Gesetz gibt den Tourismusregionen verschiedene Werkzeuge, damit Strukturen und Finanzierungsmodelle geschaffen werden können, welche zu einer optimalen Förderung der touristischen Entwicklung in den einzelnen Regionen führen sollen. Der Kanton schreibt also nicht ein für alle gültiges Modell vor, sondern überlässt es den Gemeinden und Regionen, die für sie am besten geeignete Organisation zu erarbeiten und umzusetzen. Die Reglemente über Strukturen und Finanzierung müssen den Stimmbürgern in den jeweiligen Gemeinden ohnehin zur Genehmigung vorgelegt werden. Wozu braucht es also eine kantonale Abstimmung? Alle betroffenen Eigentümer werden so oder so nie stimmberechtigt

sein, da die meisten von ihnen ausserhalb des Kantons oder im Ausland wohnen. Zudem müssen die Reglemente vom Staatsrat homologiert werden. Über-rissene Ansätze von Kurtaxen, wie sie von gewissen Hotelierkreisen herbeigeredet werden, könnten so allenfalls unterbunden werden. Ein wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist auch die Schaffung eines kantonalen Tourismusfonds. Die touristische Infrastruktur entspricht an vielen Orten im Wallis nicht mehr den Ansprüchen der Gäste. Es ist deshalb ein grosser Investitionsbedarf nötig. Ohne staatliche Unterstützung ist dies kaum zu bewältigen. Mit dem Tourismusfonds wird hier ein entsprechendes Instrument geschaffen. Fangen wir doch jetzt im Tourismus endlich damit an, uns mit denjenigen zu beschäftigen, auf die es letztendlich ankommt, nämlich mit den Gästen und nicht mit uns selbst. Im Interesse einer raschen Einführung der zwingend notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Weiterentwicklung, Modernisierung und Finanzierung unserer Tourismusdienstleistungen empfehle ich allen, das in die Wege geleitete Referendum nicht zu unterstützen.

Hans Seeberger, Klippel